

Offensiv unsere Politik erläutern

Nach den Wissenschaftlern der Abteilungen Marxismus-Leninismus an der Fakultät für Journalistik (vgl. UZ 7/65, S. 3) und der Medizinischen Fakultät waren diesmal die Genossen vom Grundlagenstudium der Landwirtschaftlichen Fakultät Gastgeber beim Besuch des Sekretärs der UPL in einer Parteigruppenwahlversammlung. Wir können uns Spekulationen darüber versagen, warum Genosse Böhme zum dritten Mal an einer Wahlversammlung einer Abteilung Marxismus-Leninismus teilnahm. Er antwortete selbst: "... weil die Genossen in den Abteilungen Marxismus-Leninismus einen entscheidenden Anteil an der vom 7. Plenum unserer Partei geforderten Wende in der politisch-ideologischen Arbeit haben."

Kurz - wie verstehen die Angehörigen des Bereichs unsere Politik? Was tun wir, damit sie diese Politik besser verstehen lernen? - Diese Fragen mußte die Wahlversammlung stellen und beantworten. Rechenschaftsbericht und Entscheidung stellten richtig an die Spitze als Hauptaufgabe die offensive Darlegung der gesamten Politik von Partei und Regierung und die Erhöhung des erzieherischen Effekts der Lehre durch Einbeziehung der politisch-ideologischen Fragen der Studenten in den Unterricht. Die Frage danach, wie die Ar-

beit der Parteigruppe diesen Anforderungen entspricht, stand folgerichtig im Mittelpunkt der Versammlung. - Führen wir unsere Diskussionen schon auf dem erforderlichen und möglichen wissenschaftlichen Niveau? Werden die Forschungsergebnisse allen schnell zugänglich gemacht? Wie werden die Studenten schon im 1. Studienjahr durch uns auf die künftigen Aufgaben als Leiter der sozialistischen Landwirtschaft vorbereitet? - Wichtige Detailfragen zur Beantwortung der ersten!

Man gestatte uns hier den Hinweis - nicht nur für die Genossen dieser Parteigruppe - daß fichtige Fragen zwar die Richtung der Diskussion zu bestimmen vermögen, nicht aber konkrete Antworten und Schlußfolgerungen ersetzen, die dann in der Diskussion zu ergänzen sind. Eine Reihe allgemeiner Einschätzungen - wichtiger zweifellos - die aber die konkrete Untermauerung der Diskussion überließen, nahmen der insgesamt wertvollen Versammlung die Möglichkeit noch größerer Effektivität. Welche Fragen haben die Studenten? Wie gehen die Wissenschaftler darauf ein? Wie können und müssen sie diese Fragen - nicht schlechthin politisch-ideologische Fragen der Studenten, dazu sagte das Referat oft Wertvolles - einbeziehen in ihre Arbeit? Das zu beantworten blieb der Diskussion überlassen.

So konnten die Genossen in der Diskussion anführen, daß der Befähigung der Studenten zu Leitern nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde; daß in einem Studienjahr noch immer unklare Vorstellungen zur nationalen Frage in Deutschland auftauchen; daß wir die Pflege der Traditionen des Kampfes der Arbeiter-

klasse vernachlässigen ... Wir stimmen dem Genossen Schulze zu: „An Beispielen hätte gezeigt werden müssen, wie welche Genossen hervorragend wirksam sind, welche Schwierigkeiten es gibt.“ -

Ein Genosse Student baute eine Fünf im Grundlagenfach. Die Auseinandersetzung mit diesem Genossen, seine Erziehung, die Klärung der Ursachen - das ist Angelegenheit der Partei.

Überhaupt - nicht deutlich wurde aus dem Bericht der Inhalt der Parteiarbeit in einer Abteilung Marxismus-Leninismus, in einer Abteilung, der nur Genossen angeblen: "... hauptsächlich erzieherisch auf die Genossen einwirken ..." (Gen. Böhme). Dazu gehört Kritik, konkrete Kritik, die im Rechenschaftsbericht eine untergeordnete Stellung einnahm.

Noch eins fiel dem Sekretär der UPL auf: In der dritten Wahlversammlung einer Abteilung Marxismus wurde zum dritten Mal nichts dazu gesagt, wie die übergeordnete Parteileitung die Genossen aus dem Grundlagenstudium führt, indem sie sie bewußt auf die Schwerpunkte orientiert, also regelmäßig informiert (dabei die Erfahrungen im Grundlagenstudium berücksichtigt) und den Genossen dieser Abteilung Aufträge erteilt.

Wir sagten schon einmal: Wir besuchten eine gute Wahlversammlung mit richtigem Ausgangspunkt, wertvollen Einschätzungen, zielstrebigem Diskurs. Daß wir das Fehlen konkreter Antworten überbetonten, geschah im Hinblick auf die Wahlversammlungen der Grundorganisationen - nicht nur an der Landwirtschaftlichen Fakultät. Ma.



Verwaltungsdirektor Jusok und Genosse Dr. Wenga, Stellvertreter des Sekretärs der UPL, bei der Besichtigung der am 8. März übergebenen neuen Kinder-Tageskrippe in der Tieckstraße, in die am Montag 32 kleine Bewohner einziehen werden. Foto: HFB

VON DEN PARTEIWAHLEN 1965

Was gehört alles zur politischen Massenarbeit?

Man könnte eine ganze Reihe einzelner Probleme nennen, die auf der Wahlversammlung in der Hautklinik zu kurz gekommen sind: die Studienreform, Probleme der Forschungsarbeit, die Qualifizierung der einzelnen Genossen, die Einschätzung der Arbeit der Leitung ... Man kann das als Schwäche der Versammlung werten. Ich möchte aber vielmehr als ein Plus werten, daß im Rechenschaftsbericht und dann auch von Anfang bis Ende in der Diskussion ein Problem dominierte, das bisher oft genug nicht den gebührenden ersten Rang in der Arbeit der Grundorganisationen einnahm. Im Mittelpunkt der Versammlung stand die politische Massenarbeit - und zwar im umfassenden Sinne des Wortes: nicht im Sinne allgemeiner politischer Agitation, sondern als ständige Beschäftigung mit den Fragen und Sorgen der Klinikangehörigen, als lebendige Erläuterung der Politik der Partei an Hand der täglich auftretenden Probleme, als Organisierung vieler Initiativen.

So schätzte der Rechenschaftsbericht ein,

daß die Frage, wie es in Deutschland weitergeht, unter den Klinikangehörigen nach wie vor eine große Rolle spielt und es allen zu erläutern gilt, daß im Interesse der Normalisierung der Lage in Deutschland wir nicht einen Pflöck zurückzustücken haben bei unserer Politik der Friedenssicherung und Verständigung; in Westdeutschland aber viele Pflöcke herausmüssen, die da heißen Atomrüstung, Verjährung von Kriegsverbrechen und Politik des verdeckten Krieges. Das kann nicht nur in bestimmten Versammlungen geschehen; politische Massenarbeit, das sind vor allem viele kleine Gespräche. Ich habe festgestellt, daß „Versammlungen“ jeden Tag stattfinden, sagte Genosse Dr. Schubert.

In der Plandiskussion, so stellte der Bericht kritisch fest, ist es nicht genügend gelungen, den Boden für eine umfassende Aussprache zu bereiten und alle Beschäftigten zur Mitarbeit zu gewinnen, z. T. auch auf solchen Stationen nicht, wo mehrere Genossen arbeiten oder Genossen leitende Funktionen haben. In der Entscheidung wurde deshalb jetzt den Genossen einer Station die Aufgabe gestellt, in ihrem Bereich die Bildung eines sozialistischen Arbeitskollektivs anzustreben. Das bedeutet: Gespräch mit allen Schwestern - politische Massenarbeit.

In der Diskussion trat zutage, daß die Arbeit auf bestimmten Stationen durch zu häufigen Wechsel der Mitarbeiter er-

schwert wird. Genosse Prof. Braun wies darauf hin, daß man untersuchen muß, warum eine solche Fluktuation vorhanden ist. Auch das gehört zur politischen Massenarbeit.

Guten Anklang findet besonders unter den Ärzten die Diskussion geistig-kultureller Probleme. So diskutierten sie bereits in der Gewerkschaftsgruppe über den „Gezeiten Himmel“ und im Kolloquium über „Ole Bienkopp“. Zur politischen Massenarbeit gehört, ständig für solche Aussprachemöglichkeiten zu sorgen.

Ohne diesen ständigen klärenden Dialog zwischen der Partei und allen Beschäftigten der Klinik, einen Dialog in vielfacher Gestalt, geht es an der Klinik nicht schnell genug voran. Das haben die Genossen der Klinik erkannt, deshalb versuchten sie die Lage im Bereich und ihre Arbeit gründlich einzuschätzen, deshalb setzten sie sich mit Genossen auseinander, die ihre Aufgaben nicht erst genug gemessen hätten, deshalb suchten und fanden sie Wege für eine wirksame Massenarbeit der Partei.

Zum Schluß jedoch noch eins, was bedenklich stimmt: Hier ebenso wie in der Wahlversammlung an der Medizinischen Poliklinik spielte die bevorstehende 50-Jahre-Feier der Medizinischen Fakultät fast keine Rolle. Sollte das nur an den einzelnen Bereichen liegen, nicht auch an einer unzureichenden Orientierung durch die Fakultäts-Parteileitung? G. L.

Wiedergewählt: Dr. Hans Lehmann

Immer wieder bringt er den einen Gedanken in die Diskussion, lenkt sie von nebensächlichen Fragen auf dieses Hauptproblem zurück: das Auftreten jedes einzelnen Genossen an seinem Arbeitsplatz, das ständige Gespräch mit allen Klinikangehörigen über ihre Probleme, über die Politik der Partei. Man spürt, daß es ihm ernsthaft darum zu tun ist, heute, in der Wahlversammlung der Grundorganisation mit allen Genossen gerade in diesem Punkte einen Schritt voranzukommen. Und einen Tag nach der Versammlung nennt er uns diese Aufgabe neben der Gewinnung von Kandidaten für die Partei als diejenige, der in der nächsten Zeit die Leitung die größte Aufmerksamkeit widmen muß.

Unser Eindruck: Ein Sekretär, der den Blick für Wesentliche hat, der weiß, was er will und sich nicht von den vielen kleinen täglichen Problemen treiben läßt. Und die Genossen der Grundorganisation Hautklinik schenken ihrem bisherigen, im vergangenen Jahr gewählten Sekretär Dr. Hans Lehmann für die neue Wahlperiode wiederum ihr Vertrauen.

1953 wurde er Kandidat der Partei, damals war er Elektromaschinenbauer; 1955 bei der Aufnahme als Mitglied bereitete er sich an der ABF auf das Medizinstudium vor, das er 1962 abschloß. Nachdem er bereits Mitglied seiner Studienjahres-Parteileitung gewesen war, gehörte er 1962 bis 1963 der Fakultäts-Parteileitung an. 1963, nach der Pflichtassistenten, begann er an der Hautklinik seine Facharzt Ausbildung mit der Absicht, später wissenschaftlich an der Klinik zu arbeiten.

Ob die Tätigkeit als Sekretär hierfür nicht eine starke Belastung ist? Genosse Dr. Lehmann streitet das nicht ab, aber: er baut auf die Mitarbeit der gesamten Leitung. - Aus unsere Frage, wie sich nach seinen Vorstellungen die Arbeit der Leitung gestalten soll, antwortet er: „Gewählt hat sich, daß Leitungsmittelglieder jeweils für bestimmte Aufgabengebiete verantwortlich sind. Eine Lehre aber aus der Arbeit in der vergangenen Wahlperiode ist, daß wir die Erfüllung der Beschlüsse besser kontrollieren müssen. Um stärker alle Genossen in die Arbeit einzubeziehen, wird die Leitung mehr mit Parteiaufträgen arbeiten und öfter gemeinsam mit den Parteigruppenorganisatoren beraten.“

Foto: Wilhelm



Gewerkschaftswahlen

Mit allen beraten, aller Initiative wecken

Von Prof. Dr. Gerhard Müller, Vorsitzender der Universitäts-Gewerkschaftsleitung

Zwei Jahre sind seit den letzten Gewerkschaftswahlen vergangen. In dieser Zeit ist die Rolle der Gewerkschaften als Schulen des Sozialismus gewachsen. Der Anteil der größten Massenorganisation der Werktätigen unserer Republik an der Entwicklung und Festigung unseres Staates ist Ausdruck der breiten Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Das spiegelt sich auch im Leben der Karl-Marx-Universität wider.

Besonders die erfolgreichen Bemühungen, die wesentlichsten Aufgaben aller an der Universität Beschäftigten in Jahresplänen und schließlich in einem Perspektivplan bis 1970 zum umfassenden Arbeitsprogramm des jeweiligen Kollektivs zu formulieren, machen das deutlich. Die gründliche Diskussion der Hauptaufgaben durch alle an ihrer Lösung Beteiligten, die verantwortungsvolle Mitarbeit zur Erreichung der gesteckten Ziele und die regelmäßige Plankontrolle sind ein wesentlicher Maßstab für den Erfolg und die Wirksamkeit unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit.

In der Rechenschaftslegung in den Gruppen- und Mitgliederversammlungen muß deshalb gründlich eingeschätzt werden:

1. Ob es gelungen ist, tatsächlich die Initiative aller Kollegen zu wecken und

2. wie die Aktivität und die Qualifikation aller Mitarbeiter entwickelt und genutzt worden ist.

Dabei wird deutlich, daß es einen engen Zusammenhang zwischen Verständnis und Klarheit in den aktuellen politischen Problemen und Ereignissen und der Einstellung zur sozialistischen Gesellschaft und zur Arbeit gibt. Deshalb müssen die Gewerkschaftlichen Leitungen und die Vertrauensleute diese Zusammenhänge ihren Kolleginnen und Kollegen bewußt machen.

Wenn es allen unseren Gewerkschaftsfunktionären gelingt, diese Seite gewerkschaftlicher Interessenvertretung - Mehrung des gesellschaftlichen Eigentums und Festigung des sozialistischen Staates - mit der verantwortungsbewußten und verständnisvollen Wahrnehmung der persönlichen Interessen der Mitglieder zu verknüpfen, dann wird jede Kollegin und jeder Kollege aktiv an der Verwirklichung unserer umfangreichen und schönen Aufgaben mitwirken.

Im Entscheidungswort der Universitäts-Gewerkschaftsleitung für die Delegiertenkonferenz im Mai 1963 sind die wesentlichsten Aufgaben der Universitätsgewerkschaftsorganisation und ihrer Leitungen enthalten. Jede Leitung und jede Gruppe

hat ein Exemplar davon zur Verfügung. Alle Leitungen und alle Kolleginnen und Kollegen sind aufgefordert, ihre Meinung dazu zu äußern, in den Gruppen und in den Mitgliederversammlungen darüber zu diskutieren und so selbst Einfluß auf die Aufgabenstellung der Gewerkschaft an der Karl-Marx-Universität zu nehmen.

So wie in den Instituten, Kliniken und Abteilungen ist auch auf Fakultäts- und Universitäts-Ebene der Plan die Grundlage für unsere verantwortungsvolle Mitwirkung. Neben den Aufgaben in Forschung und Lehre, bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses und anderen vorgesehenen Qualifizierungsmaßnahmen müssen Vorstellungen entwickelt werden, wie das geistig-kulturelle Leben entfaltet und die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Universitätsangehörigen zielstrebig weiter verbessert werden können.

Die bedeutsamen Erfolge in der Forschungs- und Lehrtätigkeit an unserer Universität waren nur möglich, weil Wissenschaftler, Arbeiter, Angestellte und nicht zuletzt auch die Studenten ständig bemüht waren, den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Um so mehr ist es notwendig, daß sich besonders die Gewerkschaftsfunktionäre, gestützt auf die Vorschläge und die Initiative aller Universitätsangehörigen, ständig darum bemühen, die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit muß den vielfältigsten Möglichkeiten zur Unterstützung der Kolleginnen geschenkt werden. Die Unterstellung der Frauenausschüsse unter die Betriebsgewerkschaftsleitungen erhöht die Verantwortung des Kollektivs der Gewerkschaftsleitungen für die Wahrnehmung der Interessen und Belange der Frauen. Die UGL betrachtet es als ein gutes Zeichen, daß anlässlich des 8. März 1965 weitere 38 Kinderkrippenplätze an der Karl-Marx-Universität übergeben werden konnten.

Unsere Wahlversammlungen dienen sowohl der Rechenschaftslegung als auch der Aufgabenstellung. Aufbauend auf die erzielten Erfolge, lernend aus den Fehlern und Versäumnissen sollten alle Vertrauensleute und alle Gewerkschaftsleitungen ihren Mitgliedern konkrete Vorschläge für die weitere Verbesserung der gewerkschaftlichen Tätigkeit und die noch wirkungsvollere Mitwirkung bei der Planerfüllung unterbreiten. Die kollektive Beratung und Beschlussfassung dazu muß der Ausgangspunkt für die aktive Mitarbeit aller Gewerkschaftsmitglieder werden.